Willkommenskultur
Geflüchtete in Dresden
» Seite 2

Gefährlicher Trend
Mehr Waffen in Dresden
» Seite 4

Sport frei!
Steyer-Stadion wird ausgebaut
» Seite 8

Ausgabe 03

»Das Bildungsticket schafft Bildungschancen«

Anne Holowenko

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

April/Mai 2022

Vision für Dresden

In Graz wird die Vision einer gerechten Gesellschaft Realität – eine Veranstaltungseinladung. » Seite 3

Regeln gelten für alle

Dirk Hilberts Kandidatur wackelt. DIE LINKE hat gegen die Zulassung seiner Bewerbung Beschwerde eingelegt

Mitunter ist jetzt der Hinweis zu hören, dass eine aussichtsreiche Kandidatur wie die Dirk Hilberts nicht durch juristische Entscheidungen verhindert werden dürfe, dass DIE LINKE sich um Inhalte und nicht um Formalien kümmern solle. Ich meine: Regeln gelten für alle – ob aussichtsreicher Kandidat oder nicht, ob randständig oder bürgerliche Mitte.

Wer will den Leuten erklären, dass im Falle Hilberts ein Auge zugedrückt werden kann, wenn sich seine Wählervereinigung nicht an die Regeln hält – nach zwei Jahren Pandemie, in der die Politik einschneidende Regeln in allen Lebensbereiche formuliert, teilweise im Wochentakt abgeändert, aber jede sichtbare Abweichung klar sanktioniert hat?

Und: Hilberts Wahlverein ist das Feigenblatt, hinter dem er seine FDP-Mitgliedschaft versteckt. Zu diesem Verein gehört eine Handvoll von Leuten, darunter die für die Zulassung des Wahlvorschlages so wichtige Vertrauensperson, die wohnhaft in Dresden sein muss. Ist sie aber nicht.

Was sie aber mit Hilbert verbindet, ist ihre Tätigkeit als Stadtfestmacher, als direkter Profiteur einer Kandidatur Hilberts. Hilberts Wackelkandidatur zeigt jetzt eindrucksvoll, wo Lobbyismus und Günstlingswirtschaft innerhalb eines kleinen erlauchten Kreises führen können.

Diese Oberbürgermeisterwahl sollte sich – ob mit oder ohne Hilbert – deshalb an der Frage entscheiden, wer die Günstlinge kommunaler Verantwortungsträger sind: umtriebige Unternehmer, die aufs richtige Pferd setzen, aber bei dessen Anmeldung scheitern, oder die große Mehrheit, die Dresden gerechter, nachhaltiger, demokratischer, sowie das Handeln der städtischen Verwaltungsspitze transparenter haben will.

Thomas Feske

PANDEMIEBEKÄMPFUNG

Offenhalten!

Stadtteilbibliotheken sind ein Ort der Kultur, der Bildung, der Begegnung abseits von Arbeitsplatz und häuslicher Sorgearbeit. Dass der Oberbürgermeister nun in Größenordnungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von dort abziehen und bei der Corona-Bekämpfung einsetzen will, verdeutlicht seine Prioritätensetzungen. Sie stehen in der Tradition der bundesweiten Pandemiepolitik der letzten zwei Jahre. Als die Inzidenzen durch die Decke gingen und Kultureinrichtungen schon lange geschlossen waren, durften Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch immer in dicht bepackten Bussen zur Arbeit fahren, wurde jede Schicht in der Werkshalle zum Super-Spreader-Event. Kunst, Kultur, Bildung, Amusement – alle Momente musischen Lebens standen mit Pandemiebeginn zur Disposition – wehe aber, jemand schlösse Großraumbüros und Werkshallen. Bildungschancen brauchen Bildungseinrichtungen – ob in Bibliotheken oder in der Dresdner Straßenschule. » Seite 7

INTERVIEW

Gute und schlechte Flüchtlinge

Warnt vor der Ungleichbehandlung Geflüchteter: Magnus Hecht

Magnus Hecht ist Mitglied der Linksfraktion und zugleich in der Migrationssozialarbeit tätig. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine haben wir mit ihm über die aktuellen Herausforderungen in seinem Beruf gesprochen.

Magnus, Du bist neben Deiner Stadtratstätigkeit für unsere Fraktion von Beruf Regionalkoordinator Migrationssozialarbeit. Was machst Du da genau?

Magnus Hecht: Ich führe mit einer Kollegin zusammen ein Team von zehn Sozialarbeiter:innen. Wir kümmern uns im Auftrag des Sozialamtes um alle Menschen, die im Kontext von Flucht und Asyl nach Dresden gekommen sind und auf der Neustädter Elbseite wohnen oder untergebracht sind. Wir haben am Sitz unseres Trägers, des Afropa e.V., ein Integrationsbüro für unsere Region, in dem wir Offene Sprechzeiten anbieten. Außerdem besuchen wir regelmäßig die Gemeinschaftsunterkünfte, also die Heime, und bieten dort soziale Beratung an. Da geht es um Themen wie Behördenpost, Familie, Gesundheit, Wohnen, Arbeit, aber auch Schulden und Probleme jeder Art.

Durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine kommen seit Februar sehr viele Menschen aus der Ukraine. Wie hat sich eure Arbeit dadurch verändert?

Es konnten sich innerhalb weniger Wochen schon sehr viele Menschen aus der Ukraine retten. Für Dresden heißt das »improvisieren«, um den hier Angekommenen und dann Gebliebenen eine gute Aufnahme zu ermöglichen. Neben den Strukturen der Stadtverwaltung, also des Sozialamtes hat vor allem sehr viel zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise geholfen. Wir als Migrationssozialarbeit Dresden-Nord haben auf Anregung des Sozialamtes auch ein Team Ukraine aufgebaut und veranstalten einmal in der Woche im Weltclub auf der Königsbrücker Straße ein Ukraine-Treffen, besuchen die Turnhallen und Notunterkünfte, beraten Ehrenamtliche und organisieren Gruppenangebote. Das ist für alle Beteiligten, aber natürlich vor allem für die Geflüchteten, eine Krisensituation, die für Viele mit Verzweiflung und Schmerz verbunden ist.

Welche Lehren können aus der Aufnahme der Menschen aus der Ukraine in Deutschland gezogen werden?

Wir sehen, was in der Migrationspolitik möglich ist. Insofern müssen wir davon ausgehen, dass die bisherige schwierig gestaltete Politik gegenüber Geflüchteten absichtsvoll passiert. Nehmen wir als Beispiel die afghanischen Ortskräfte, deren Flucht nach Deutschland durch ihre ehemaligen Arbeitgeber des deutschen Staates immer weiter verzögert wird.

»Ich fordere alle auf, keine zwei Klassen von Geflüchteten zuzulassen« Magnus Hecht

Konkret gefragt: Welche politischen Forderungen hast Du in diesem Zusammenhang?

Ich fordere uns alle auf – Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik – keine zwei Klassen der zu uns Geflüchteten zuzulassen. Die Ukraine ist mit ihrer Entfernung und dem Fluchtweg sehr viel näher als andere Kriegs- und Krisenregionen, aus denen die Menschen zu uns kommen. Aber wir haben die ethische Pflicht, die Menschen aus Venezuela, Tschetschenien, Syrien, den kurdischen Gebieten oder Somalia gleich zu behandeln wie die aus der Ukraine. Alles andere spielt dem latenten Rassismus und damit dem politischen Gegner in die Hände.

Das Gespräch führte Thomas Feske

Das AfD-Konzept ist klar: über Hetze Konflikte schüren

UNVERFRORENHEIT

Streit schüren, Honig saugen

Bei der Bereitstellung von Geld für die Versorgung ukrainischer Geflüchteter verschaffte der Stadtrat dem Oberbürgermeister Ende März in seltener Einigkeit mehr Handlungsfreiheit. Nur eine Fraktion sah wieder einmal die Gelegenheit gekommen, Unfrieden zu stiften.

Nicht dass jemand überrascht gewesen wäre. Aber immer wieder überrascht mich die AfD mit ihrer Unverfrorenheit.

Der Oberbürgermeister legte dem Stadtrat eine rein technische Vorlage vor, in der er um eine Erleichterung bat. Normalerweise muss er bei größeren Abweichungen vom Haushaltsplan um Erlaubnis bitten. Ab wann er das muss, steht in der Hauptsatzung und auch in der Haushaltssatzung. Auf die Art erhält der Motor Stadtverwaltung eine Karosserie und ein Getriebe, denn sonst würde uns der Treibstoff Geld nicht voranbringen, sondern die Stadt in alle Richtungen auseinandertreiben. Manchmal aber ist eine plötzliche Richtungsänderung nötig, und dann muss der OB auch ohne Einzelerlaubnis lenken dürfen.

So ein Ereignis ist die Ankunft vieler Ukrainischer Flüchtlinge, die, so schnell es geht, Unterkunft, Verpflegung, Kita- und Schulplätze und so weiter benötigen. Das kostet erst einmal Geld, mehr, viel mehr als im Haushaltsplan steht.

Alle sagen: Dem stimmen wir für einen begrenzten Zeitraum zu. Alle? Nein, nicht ganz. Einer Partei ist die Lage vollkommen egal. Und das ist ... die AfD. Sie will, dass das nötige Geld für die Versorgung der Ukrainer:innen zuallererst aus den Etats für andere Flüchtlinge kommt.

Während viele Menschen helfen, fast ebenso viele fordern, dass alle Flüchtlinge gleichbehandelt werden, und sich, unabhängig von der Einschätzung des Krieges, eine wohltuende Gemeinsamkeit in der Unterstützung Schwächerer zeigt, enttarnt sich die AfD selbst. Nicht unerwartet: Als Partei, die selbst in dieser Situation Streit und Unfrieden schürt und sich davon dann politisch nähren will.

Tilo Kießling

EINLADUNG

Vorbild Graz?

Bei den Kommunalwahlen im September letzten Jahres erreichte die KPÖ in Graz 29 Prozent. Ein Erfolg mit Ansage, kein kurzes Intermezzo, das auf eine demoskopische Großwetterlage folgt. Die KPÖ sei, wie der Tagesspiegel schrieb, »auf lokaler Ebene wegen ihrer Bürgernähe seit Jahrzehnten eine wichtige politische Größe.«

Bürgernähe ist ein oft im Mund geführtes Wort. Im Falle der KPÖ steht dahinter aber ein klarer moralisch-politischer Kompass, der diese Bürgernähe mit Leben füllt. Wer mächtig sei, brauche keine Hilfe; Hilfe bräuchten die, die nicht im Rampenlicht stünden, sagte etwa die KPÖ-Politikerin Elke Kahr, die im November durch den Grazer Gemeinderat zur neuen Bürgermeisterin der zweitgrößten Stadt Österreichs gewählt wurde. Nun führt sie ein Bündnis aus Kommunisten, Grünen und SPÖ an.

Und dieses Bündnis liefert: ob Rettung von Theaterstandorten, Kauf von Waldstücken durch die Gemeinde, Erarbeitung eines Klimaschutzplans für Graz, Haftpflichtversicherung für Ehrenamtliche – unter Führung der KPÖ wird Graz täglich sozialer, ökologischer und demokratischer.

Dabei bewegen die Menschen in Graz ähnliche Themen wie die Dresdnerinnen und Dresdner – allen voran das Thema Wohnen. Was diesbezüglich in Graz passiert, zeigt nicht nur, dass wir als LINKE auch hierzulande den Finger zu Recht in die Wunde legen, sondern auch, was möglich ist, wenn Linke Verantwortung in der Verwaltung und an der Stadtspitze übernehmen. In Dresden hat DIE LINKE den Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes durchgesetzt. In Graz passiert das auch, aber noch mehr: Während in Österreich landesweit die Richtwertmieten für 2022 um satte sechs Prozent angehoben werden, setzt Graz diese Anhebung für kommunale Wohnungen aus. Über Mietzinszuzahlungen stellt die Gemeinde sicher, dass niemand mehr als ein Drittel seines Einkommens für die Miete aufbringen muss. Ein Kautionsfonds der Stadt hilft bei der Erstanmietung einer Wohnung und im Büro der Bürgermeisterin werden Wohnungen vermittelt.

Vorbild Graz: Linke Utopien konkret umgesetzt

Podiumsdiskussion mit Georg Fuchs, Magistrat der Stadt Graz, und André Schollbach, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat

29. April, 19 Uhr, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Straße 93, Eintritt ist frei

Georg Fuchs

André Schollbach

Was in Graz passiert, klingt aus Dresdner Sicht wie eine Utopie. Es ist eine Utopie, die im Alltag reale Veränderungen hervorbringt. Diese real werdende Utopie ist zugleich ein Fingerzeig, wie DIE LINKE die Verhältnisse konkret verändern, Vertrauen zurückgewinnen und Hoffnung auf Veränderung wecken kann. Und damit in der Lage ist, Wahlen zu gewinnen.

Es lohnt sich, darüber zu reden. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass uns der Grazer Magistrat Georg Fuchs in Dresden besucht und wir gemeinsam über linke Utopien, fortschrittliche Kommunalpolitik und echte Bürgernähe ins Gespräch kommen.

Dazu lade ich alle Interessierten herzlich ein.

André Schollbach

Neben der kommunistischen Stadtführung ist der Uhrturm *das* Aushängeschild von Graz

ANTRITTSREDE

Ein neues Kapitel

Auszug aus der Antrittsrede von Elke Kahr, der ersten Frau und Kommunistin in der Funktion der Bürgermeisterin von Graz.

»[...] Wenn jemand fragt, was jetzt in Graz anders wird, dann ist meine Antwort: Unser Blick auf viele Fragen wird nicht ein Blick von oben sein, sondern auch ein Blick von unten. Wer mächtig ist, braucht keine Hilfe, das brauchen andere, die nicht im Rampenlicht stehen.

Graz ist eine Stadt der Wissenschaft, eine Stadt der Kultur, eine Stadt der Industrie und des Gewerbes. Unsere Innenstadt und Schloss Eggenberg gehören zum UNESCO-Weltkulturerbe. Graz ist Menschenrechtsstadt. Das sind Stärken, die wir in den nächsten Jahren ausbauen und besonders schützen möchten.

Wir wollen aber auch dem profitgetriebenen Baugeschehen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten Grenzen setzen. Deshalb ist die Revision des Flächenwidmungsplanes eine Aufgabe, die für uns Vorrang hat.

[...] Mit unserer Koalitionsvereinbarung öffnen wir in Graz ein neues Kapitel. Unsere Parteien wurden von Menschen gegründet, die sich gegen Ungerechtigkeit und Ausbeutung gestellt haben und in der Tradition des Antifaschismus, der ArbeiterInnenbewegung, der Friedensbewegung, der Frauen-und der Umweltbewegung stehen. In ihrer Geschichte konnten sie vieles erreichen – für die arbeitenden Menschen, für die Gleichberechtigung und für unsere Umwelt.

»Unsere Stadt muss für alle eine gute Heimat sein« Elke Kahr

Jetzt wollen wir an die besten Traditionen unserer Bewegungen anknüpfen, mit dem Ziel, Graz freundlicher, sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. Die Menschen, die in unserer Stadt leben und arbeiten – jung und alt, hier geboren oder zugezogen –leben und lieben unterschiedlich, haben verschiedene Talente, Neigungen, Berufe und Hobbys. Als Stadtregierung werden wir gemeinsam mit der Grazer Bevölkerung dafür eintreten, diese Vielfalt zu vereinen, indem wir Solidarität und Zusammenhalt leben.

Das ist unser Versprechen. Wir wollen damit auch ein Zeichen der Hoffnung in unsicheren Zeiten geben.

[...] Für mich ist dabei besonders wichtig, was wir in unserer Vereinbarung festgehalten haben: ›Die neue Stadtregierung will Solidarität fördern und vorleben und wird auf der Seite jener Menschen stehen, die es sich nicht richten können. Wir wollen sicherstellen, dass Zusammenhalt und Teilhabe am Leben der Stadt für alle Grazerinnen und Grazer möglich sind.‹ Unsere Stadt muss für alle eine gute Heimat sein. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten und ich werde meine ganze Kraft dafür auch einsetzen.«

PRIVATISIERUNG, MARKT UND INTERNET

Plagende weiße Flecken

Die Kosten dem Staate, die Gewinne dem Unternehmen. Das gilt auch beim Dresdner Breitbandausbau.

Die Koalition unter Helmut Schmidt hatte 1981 einen Dreißig-Jahres-Plan für einen bundesweiten Glasfaserausbau beschlossen, aber ein Jahr später legte Kohl diesen aufs Eis und förderte das Kabelfernsehen. Das Kalkül dabei: Kupferkabel kosteten weniger als ein Drittel der Glasfaser und das Privatfernsehen sei ein Gegengewicht zu dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit »einer absoluten linken Schlagseite«. Ein Vierteljahrhundert nach der Privatisierung der deutschen Telekommunikation ist es um den Zustand der digitalen Infrastruktur nicht gut bestellt: Neben dem lückenhaften Mobilfunknetz mit seinen Funklöchern, plagen den »Technologiestandort Deutschland« auch seine weißen Flecken.

Es gibt sie, nur leider nicht überall: Glasfaserkabel

So fasste 2018 auch der Stadtrat einen Grundsatzbeschluss zum Breitbandausbau in der Landeshauptstadt Dresden für das Ausbauprojekt »Unterversorgte Adressen« – die sogenannten weißen Flecken im Stadtgebiet. Als unterversorgt gelten gemäß den Fördervorschriften alle Adressen, die derzeit mit 30 oder weniger MBit/s Bandbreite versorgt werden können. Das Projekt wird vom Bund mit 50 Prozent und dem Freistaat mit 40 Prozent gefördert, die Stadt trägt den Eigenanteil von 10 Prozent. Für knapp 3.200 Adressen beläuft sich die Gesamtsumme auf fast 31 Millionen Euro. Das Telekommunikationsunternehmen Vodafone, das bei der europaweiten Ausschreibung den Vergabezuschlag erhielt, hat einen eigenwirtschaftlichen Investitionsanteil von 5,5 Millionen Euro.

Und wieder heißt es: Die Kosten dem Staate, die Gewinne dem Unternehmen. *Katharina Hanser*

Nazis entwaffnen!

Der Trend zur Bewaffnung hält auch weiterhin an, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den Vorjahren

Die Gefahr, unverschuldet ins Fadenkreuz zu geraten, wird in Dresden immer größer

Waren es 2010 noch 31 erteilte Erlaubnisse zum Mitführen von Schreckschuss, Reizstoff- sowie Signalwaffen in der Öffentlichkeit, sind es 2020 mehr als 140. Der Höchststand wurde 2016 mit 703 erteilten Erlaubnissen erreicht. Besorgniserregend ist der anhaltende Trend insofern, dass es keinen Sachkundenachweis zur Führung von Schreckschusswaffen braucht, diese Waffen jedoch auf kurzer Distanz schwerste bis tödliche Verletzungen erzielen können, auch wenn die Munition kein Projektil besitzt. Überprüft wird lediglich die »Zuverlässigkeit« sowie die »persönliche Eignung« der Antragsteller:innen, dazu zählt unter anderem ein sauberes Vorstrafenregister. Die Motivation, derartige Waffen mit sich zu führen, ist in der Regel ein sich verstärkendes trügerisches subjektives Sicherheitsgefühl bei den Waffenträger:innen. Auch ist ein gewisses »Imponiergehabe« von einigen nicht auszuschließen.

Mehr scharfe Waffen

Weiterhin werden auch mehr Erlaubnisse zum Besitz von »scharfen Waffen« (Waffenbesitzkarte) ausgestellt als noch vor zehn Jahren. Im Jahr 2010 wurden 172 Waffenbesitzkarten erteilt, in den letzten zehn Jahren wurde 2017 der Höchststand mit über 500 Waffenscheinen erreicht. Im Jahr 2021 wurden insgesamt 235 Waffenbesitzkarten ausgestellt. Damit steigt die Zahl der Waffen in Dresden weiterhin kontinuierlich an.

Durch vorgeschriebene Regelüberprüfungen der Waffenbesitzer kommt es immer wieder zum Entzug der Erlaubnis, Waffen zu besitzen. Auffällig hier ist, dass von diesen Verboten vor allem Neonazis und sogenannte Reichsbürger/Selbstverwalter betroffen sind. Klar ist

Es ist fraglich, inwiefern Waffenbesitz durch Privatpersonen überhaupt gerechtfertigt ist

aber auch, dass der sächsische Verfassungsschutz in den letzten Jahren auf dem rechten Auge stets blind war und es fraglich ist, ob wirklich alle Neonazis bzw. Reichsbürger vom Verfassungsschutz auch als solche eingeordnet werden. In jedem Fall brauchen wir eine konsequente Entwaffnung der gesamten Neonazi- und Reichsbürgerszene.

Insgesamt bleibt es aber auch fraglich, inwiefern der Waffenbesitz durch Privatpersonen überhaupt gerechtfertigt ist. Waffen sind eine potenziell tödliche Gefahr, wie bereits etliche Amokläufe gezeigt haben.

Solange es keine schärferen Waffengesetze durch den Bund gibt, muss der Kontrolldruck durch die Landeshauptstadt hoch bleiben, um zumindest den der Stadt ermöglichten Kontrollrahmen in Gänze zu nutzen. *Christopher Colditz*

Gegensteuern
Jungen Frauen Mut zur Zukunft machen
» Seite 2

Gegenwart
Ukrainische Kriegsflüchtlinge im HdB
» Seite 5

Gegenpole
EU und China suchen nach Kompromissen
» Seite 8

Ausgabe 03

»Alle Schutzsuchenden menschenwürdig behandeln!«

Clara Bünger

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden
April/Mai 2022

1. Mai
mit Politik und Kultur
Alaunplatz, ab 11 Uhr

Probleme am Bau

Alles wird teurer – auch der soziale Wohnungsbau.
» Seite 3

Entrüstung statt Rüstung

Alle Waffen finden ihren Krieg – selbst jene aus dem Kalten Krieg

Ja natürlich, die Ostermärsche werden den russisch-ukrainischen Krieg nicht beenden. Aber wer sonst will das, kann das und wird das tun? Heldenhafter Widerstand im Verbund mit westlichen Waffenlieferungen werden Putin in die Knie zwingen, sagen einige. Andere bezweifeln das.

Klar ist es, dass beide Kriegsparteien Informationen über die eigene Stärke und über die eigenen Opferzahlen manipulieren müssen – um der eigenen Kriegsziele willen. Der Kriegspropaganda kann sich niemand entziehen. Heute werden Ostermärsche in Deutschland fast noch mehr kritisiert als im Kalten Krieg. Wer für Waffenlieferungen plädiert, fühlt sich fest an der Seite von Recht, Demokratie und Freiheit. Wer dagegen ist, muss sich als Putin-Freund bezeichnen lassen. Pazifismus war gestern gut, heute braucht die Ukraine Waffen und die Bundeswehr natürlich auch – so heißt es immer wieder.

Ein Perspektivenwechsel: Waffen kann – abgesehen von eigenen Armeebeständen – nur liefern, wer auch Waffen produziert. Insofern ist das bundesdeutsche Prinzip »Keinen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete« nur eine Alibi-Version der Forderung »Überhaupt keine Waffenlieferungen«. Letztere bedeutet den Verzicht auf Rüstungsproduktion.

Die Wahrheit ist: Wer keine Rüstungsgüter produziert, kann sie auch nicht liefern, auch nicht in gerechte Kriege. Die Wahrheit ist auch: Nur von gerechten Kriegen und Landesverteidigung allein kann die Rüstungsindustrie nicht leben. Das Waffengeschäft muss auch dann florieren, wenn gerade kein Land völkerrechtswidrig angegriffen wurde. Und dann werden eben Armeen aufgerüstet, die gerade – noch – keinen Krieg führen. Und so werden neue Kriege vorbereitet. Deutsche Rüstungskonzerne haben jahrelang die saudische Armee beliefert, die heute einen Krieg im Jemen führt – Nicht für Recht, Demokratie und Freiheit, sondern ungerecht, völkerrechtswidrig und brutal.

Und *deshalb* bleibt die Forderung der Ostermärsche richtig: Nein zur Aufrüstung! Nein zu jedem Krieg!

Jens Matthis

EDITORIAL

Ein bitterer Frühling

Zwei Monate schon tobt der Krieg in der Ukraine. Er hat seine Auswirkungen im Großen – an den Rohstoffbörsen und in der Waffenindustrie werden derzeit Gewinne wie lange nicht eingefahren. Und er hat sie im Kleinen, zum Beispiel ganz konkret im Haus der Begegnung, wo derzeit eine ukrainische Flüchtlingsfamilie lebt. Conny Ernst berichtet in dieser Ausgabe darüber. Noch stärker als bislang liegt der weltpolitische Fokus nach Russlands Angriffskrieg nun auf China. Zum EU-China-Gipfel, dem ersten seiner Art trägt Helmut Scholz, unser handelspolitischer Sprecher und Mitglied der EP-Delegation für die Beziehungen zu China, einen Kommentar bei. Über die Aktivitäten der Landtagsfraktion der LINKEN zur Unterstützung junger Frauen und Mädchen, sich bei der Berufswahl nicht in die klassischen Frauenrollen drängen zu lassen, berichtet Sarah Buddeberg. Nun denn – der Frühling ist da, immerhin etwas erfreuliches. Aber wir hatten schon bessere Frühlinge.

Uwe Schaarschmidt

FEMINISMUS UND SEXARBEIT

Linke Positionen

Die meisten von Euch kennen das Wort »Sexarbei«t sicherlich unter dem Begriff Prostitution, was aber nicht dasselbe meint. Der Begriff Prostitution setzt die Kritik am Vorgang in den Vordergrund. Einem Vorgang, der gestützt von einer hierarchischen und frauenfeindlichen Geschlechterordnung, Sex mit Frauen als Ware vermarktet, und zwar auf eine Weise, die nicht nur der Würde der betroffenen Frauen zuwider läuft, sondern der Würde aller Frauen generell. Ich habe mich gefragt, wie eine linke Haltung zum sogenannten ältesten Gewerbe der Welt aussehen kann, wie man in diesem Bereich solidarisch agieren kann und wie das alles mit unserem linken Selbstverständnis von Feminismus zusammenpasst. Denn, wenn die Prämisse der weiblichen Freiheit im Zentrum steht, könnte der die Diskussion um die Begriffe »Sexarbeit« vs. »Prostitution« gewinnbringend sein. Ein:e Feminist:in kann sowohl Sexarbeiter:innen unterstützen und für einen freien, akzeptierenden Markt dieser besonderen Dienstleistungen eintreten, als auch Prostitution ablehnen und Projekte und Hilfen anstoßen, damit Frauen sich selbstbestimmt aus solchen Situationen befreien können.

Ein Gesprächsangebot

Sarah Buddeberg, MdL, wird an diesem Abend unter anderem versuchen, diese Fragen mit uns gemeinsam zu beantworten. Wie kann und soll emanzipatorische Politik auf die Realitäten in der Sexarbeit einwirken? Auch in unserer Partei wurde intensiv debattiert, aus welcher Perspektive eine gesellschaftskritische Analyse zukunftsfähige Antworten liefert. Denn weder die neoliberale Logik der unregulierten Dienstleistungsgesellschaft noch

Rechte statt Repression, Missbrauch und Ausbeutung!

konservativ-verklemmter Sexualmoralismus helfen hier weiter. Nicht zuletzt müssen wir auf kommunaler Ebene genauso wie im Landesparlament solidarische Lösungsvorschläge für bestehende Problemlagen bieten.

Wir wollen den Diskussionsstand und LINKE Positionen vorstellen und eure Fragen beantworten. *Kristin Hofmann*

■ 11. Mai, 19 Uhr, »Wir-AG«, Martin-Luther-Str. 21, Aufgrund der begrenzten Plätze bitten wir um vorherige Anmeldung: Telefon 0351/8583801 oder bb-buddeberg@linksfraktion-sachsen.de

Weibliche Expertise

Girls' Day – die Linksfraktion fördert Frauenpower vor Ort und ganz praktisch

Rollenbilder aufbrechen, weibliche Expertise fördern!

Trotz besserer Schulabschlüsse entscheiden sich Mädchen noch immer überproportional häufig für einige *typisch weibliche* Berufsfelder oder Studienfächer. Oft besser bezahlte Männerdomänen wie Ingenieursberufe, Handwerk oder den IT-Bereich scheuen sie und schöpfen ihre Möglichkeiten dadurch oft nicht aus. Als Frauen verdienen sie dann weniger und sind stärker von Altersarmut bedroht. Angesichts des Fachkräftemangels in Sachsen stellt sich auch die Frage: Kann sich der Freistaat den Luxus leisten, auf weibliche Expertise zu verzichten?

Die Linksfraktion im Landtag hat darum den Antrag »Girls' Day ist 365 Tage im Jahr« mit einem umfassenden Maßnahmenpaket eingebracht. Die Orientierung auf einen Beruf erfolgt nicht erst kurz vor dem Schulabschluss, darum müssen Maßnahmen eher greifen und vor allem kontinuierlich erfolgen – eben 365 Tage im Jahr. Wir fordern also neben einem Bericht über den Stand der geschlechtersensiblen Berufsorientierung in Sachsen, dass entsprechende Projekte und Weiterbildungsangebote gefördert und Mentoring-Programme für junge Frauen beim Berufseinstieg ausgebaut werden sollen. Dabei wollen wir alle Schulformen im Blick behalten und berufspraktische Angebote forcieren. Durch ihre Vorbildfunktion können Lehrkräfte bereits junge Schulkinder für viele mögliche Berufe begeistern und mit geschlechtersensibel überarbeitetem Lehrmaterial besser informieren. Schulen sollen Praxisangebote in Form von Schulpraktika, Zukunftstagen oder Projektwochen mit externer Beteiligung ausweiten können.

Mit gutem Beispiel voran

Mit der öffentlichen Anhörung am 8. April im Ausschuss für Schule und Bildung wurde unser Antrag nun durch Fachexpertise flankiert. Unsere Forderungen wurden dabei von Sachverständigen wie Juliane George vom Frauenförderwerk Dresden eindrücklich belegt. Auch die vielen interessierten Nachfragen zeigten, dass unsere Ziele breit geteilt werden. Nun ist es an der Landesregierung, diese Expertise aufzugreifen – wir bleiben jedenfalls an der Sache dran!

Es ist an der Landesregierung, die Expertise aufzugreifen

Die Linksfraktion fordert aber nicht nur, sondern geht mit guten Beispiel voran. Erneut beteiligen wir uns am Girls' Day am 28. April. In verschiedenen digitalen Formaten bekommen interessierte Mädchen einen Einblick in die Landtagsarbeit und können in Interviews mit den weiblichen Abgeordneten ihre Fragen loswerden. Damit leisten wir nicht nur einen praktischen Beitrag zur Berufsorientierung, sondern fördern gleichzeitig die politische Emanzipation. Vielleicht sehen wir einige auch im Schulpraktikum wieder? *Sarah Buddeberg*

SOZIALWOHNUNGEN

Bau auf!

Aus meiner Sicht hat jeder Mensch ein Recht auf bedarfsgerechten Wohnraum. Jedem Menschen in unserer Gesellschaft steht damit ein sicherer und bezahlbarer Ort des Rückzugs und des Zuhauseseins zu. Corona hat uns klar gelehrt, wie wertvoll ein sicheres und bezahlbares Dach über dem Kopf ist. Aufgabe der Gemeinschaft muss es deshalb sein, bestmöglich dafür Sorge zu tragen, dass es nicht zu Verdrängungen aus finanziellen Notsituationen heraus kommt. Ziel muss es deshalb sein, für alle Einwohnerinnen und Einwohner ein bedarfsgerechtes Wohnungsangebot zu sichern.

Gar nicht so einfach in Dresden, denn verfügbare Grundstücke sind Mangelware für den kommunalen Wohnungsbau. Dazu kommen sprunghaft steigende Bau- und Bodenpreise sowie erheblich gestiegene bauliche Anforderungen zur Erreichung der Klimaschutzziele. Wohnraum sozialverträglich zu errichten und zu sanieren gleicht immer mehr der Zerschlagung des gordischen Knotens.

Neue Probleme

Gut, dass eine linke Mehrheit im Jahr 2017 die WiD gegründet hat. Bis zum Jahresende 2022 werden über 500 preisgünstige Wohnungen in Vermietung gehen oder neu errichtet sein. In Pieschen genauso wie in Blasewitz. Jetzt gilt es, endlich auch so genannte alternative Wohnformen wie klassische Wohngemeinschaften im Alter oder mit Handicap ein preisgünstiges und sicheres Zuhause zu ermöglich. Denn jene Nachfrager sind bisher von der Förderung des Freisstaates ausgeschlossen. Gespräche mit dem Land laufen hierzu. Nicht zu vergessen ist der anhaltende Kampf um die Mietpreisbremse in Sachsen. Sie und die Kappungsgrenze wären wirksame wohnungspolitische Instrumente zur Bekämpfung steigender Mieten und sozialräumlicher Verdrängung.

Auch das endlich neu eingeführte kooperative Baulandmodell in Dresden soll – wenngleich gegenüber dem Ursprungsansatz abgespeckt – dazu beitragen, in

Schön, aber wohl kaum die Lösung des Wohnungsproblems

privaten Neubauvorhaben, einkommensschwächere Haushalte ein Zuhause finden. Dass das mit dem Zuzug tausender Ukrainer kurz- und mittelfristig auf einem sowieso schon wenig freundlichen Wohnungsmarkt eine ganz neue Herausforderung für Menschen mit kleiner Geldbörse ist, steht aktuell außer Frage.

Kris Kaufmann

In Massenunterkünften sind besonders Frauen oftmals schutzlos Gewalt ausgeliefert

Vorsicht bei Masterplänen

Die CDU beantragt im Bundestag einen Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder

Die Union gefällt sich ganz offensichtlich darin, die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine unter dem Label »Sicherheit und Ordnung« zu thematisieren. Wenn sie jetzt noch einen Masterplan fordert, dann lässt das aus meiner Sicht nichts Gutes erahnen, denn unter dieser anmaßenden Überschrift hatte Ex-Innenminister Seehofer zahlreiche Verschärfungen im Umgang mit Schutzsuchenden propagiert.

Als Juristin sage ich: Rechtlich gibt es momentan keine Möglichkeit, eine systematische Registrierung der Geflüchteten aus der Ukraine zu erzwingen, solange sie keine staatlichen Leistungen und keinen Aufenthaltstitel beantragen. Bis zum 23. Mai können sie sich legal in Deutschland aufhalten, und dass die Übergangsverordnung jetzt verlängert werden soll, ist gut so. Sehr viele Geflüchtete können derzeit privat bei Bekannten und Verwandten unterkommen. Das ist positiv und sollte im Übrigen auch anderen Geflüchtetengruppen ermöglicht werden.

Wenn es der Union wirklich ein Anliegen wäre, geflüchtete Frauen und Kinder vor patriarchaler Gewalt zu schützen, dann müssten wir hier vor allem über die Situation in den Lagern und Massenunterkünften sprechen, denn dort sind Frauen sexuellen Übergriffen meist schutzlos ausgeliefert. Das sagte übrigens auch ein Vertreter des Bundeskriminalamtes im Innenausschuss. Und die Täter sind nicht nur Ehemänner, männliche Verwandte oder Mitbewohner, sondern Sicherheitsdienstmitarbeiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, also Personen, die dort im staatlichen Auftrag tätig sind. Was lernen wir daraus? Staatliche Kontrolle ist nicht gleichbedeutend mit Schutz für Frauen. Der beste Schutz für Frauen und Kinder wäre es, sie nicht in Massenunterkünfte und AnkER-Zentren zu stecken, wie es die Union seit Jahren zur Abschreckung propagiert, sondern auf dezentrale Unterbringung zu setzen.

Wir müssen das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz endlich aufheben!

Wir müssen aber auch diejenigen schützen, die sich dem Kriegsdienst in Russland verweigern, und diejenigen, die in Russland gegen den Krieg protestieren. Ich bekomme immer mehr Anfragen von Menschen aus Russland, die fliehen wollen. Wir dürfen diese mutigen Menschen nicht alleine lassen. Wir müssen das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz endlich aufheben! Wir wollen alle Schutzsuchenden gleich behandeln, und zwar menschenwürdig.

Clara Bünger

Ziel: Digital gebildete Gesellschaft

Schlüsselressort Bildung

Bildungskonferenz der sächsischen LINKEN tagt in Leipzig

Die LAG Bildung Sachsen hat nach mehrmaligem Anlauf die Vorbereitungen zur Bildungskonferenz abgeschlossen und erwartet viele interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Gedankenaustausch. Stattfinden wird die Bildungskonferenz am Sonnabend, dem 30. April 2022 von 9.30 bis 18 Uhr. Ort der Veranstaltung ist das »Studio 5« in der MediaCity Leipzig, Altenburger Straße 13, 04275 Leipzig.

In zwei Workshop-Phasen, (Phase 1: von 12 bis 14.30 Uhr, Phase 2: von 14.30 bis 16 Uhr), stehen die folgenden vier Themen zur Diskussion:

Inklusion in der Bildung

Für die Bereiche Frühkindliche Bildung, schulische Bildung, Hochschulbildung, Aus , Fort- und Weiterbildung sowie Lebenslanges Lernen wollen wir mit den Workshopteilnehmer:innen zusammentragen a) wie inklusiv sind unsere Bildungseinrichtungen, welche Ziele wurden in den jeweiligen Bereichen bereits erreicht und b) für welche Ziele sollen wir uns weiter einsetzen und c) welche Instrumente wollen wir dafür nutzen?

Digitalisierung

Wie ist Digitalisierung im Bildungsprozess einzuordnen? Darüber wollen wir uns austauschen und Vorschläge auf den Tisch legen, was im sächsischen Bildungssystem optimiert werden muss.

Welche Ziele sehen wir für die einzelnen Bildungsbereiche (frühkindliche Bildung, Schulbildung, Berufsbildung, Erwachsenenbildung), um von einer digital-gebildeten Gesellschaft sprechen zu können?

Demokratisierung in der Bildung

Die Forderung »Bildung für alle!« umzusetzen ist Ziel demokratischer Mitwirkung in allen Bereichen des Lebenslangen Lernens. Hier soll der Fokus unserer Auseinandersetzung liegen.
Der Workshop richtet sich vor allem an Lehrende, Schüler:innen, Studierende, Eltern.

Internationalisierung – Das deutsche Bildungssystem im europäischen Vergleich

Bildungspolitik und deren Umsetzung endet nicht an der eigenen Haustür. Schon längst haben andere Länder Bildungssysteme installiert, welche nicht nur einen Blick wert sind, sondern von denen wir lernen können. Egal ob Digitalisierung, frühkindliche Bildung oder ein praxisbezogenes und international ausgerichtetes Hochschulstudium. Im internationalen und insbesondere im europäischen Vergleich lassen sich Schwächen und Stärken des deutschen Bildungssystems herausarbeiten.

Die Ergebnisse aus den Workshops werden ab 16.45 Uhr vorgestellt und sollen in eine Abschlussrunde münden. Das Ende ist für 18 Uhr geplant.

Ingrid Körner, AG Bildung

Anmeldung ist noch möglich unter: www.dielinke-sachsen.de/termine/bildungskonferenz

UMFAIRTEILUNG

Teil einer sozialen Infrastruktur

Das Konzept der Sozialen Infrastruktur wurde 2003 von der AG Links-Netz vorgestellt als Gegenprogramm zum neoliberalen Sozialstaatsabbau, entspringt jedoch in seinen Grundzügen Debatten, welche bereits in den 1980er Jahren in Teilen der Erwerbslosen- und Frauenbewegung geführt wurden. Viele Ideen finden sich auch in unserem Parteiprogramm wieder.

Unter Sozialer Infrastruktur wird hier in der Regel die kostenlose, bzw. gegen geringes Entgelt bereitgestellte Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen verstanden, die Grundvoraussetzung für soziale Aktivität sind. Hierzu zählt die Gesundheitsversorgung, ebenso wie Bildung, Wohnung, Kultur sowie Grundnahrungsmittel oder Verkehrsinfrastruktur wie der ÖPNV. Auch den Zugang zum Internet könnte man heute dazu zählen.

Es ist ein Vorschlag, Sozialpolitik von anderen Grundsätzen her zu denken, als vom derzeitigen lohnarbeitsbezogenem Sozialstaat (der zum Teil wichtigere Formen der Arbeit, wie Sorgearbeit, Freiwillige Arbeit vernachlässigt oder ausblendet) und schlägt Prinzipien vor, die auch innerhalb kapitalistischer Verhältnisse realisierbar wären, jedoch zugleich Hebel sind, diese infrage zu stellen.

Im Gegensatz zum Status Quo trennt das Konzept Sozialpolitik klar von anderen Aufgaben, wie etwa Lenkungs- und Steuerungsaufgaben (Fördern und Fordern in der derzeitigen Sozialgesetzgebung) ab, stellt die Leistungen also bedingungslos zur Verfügung. Im Unterschied zu Forderungen etwa von DIE LINKE soll Sozialpolitik auch nicht mit Umverteilungsmaßnahmen kombiniert werden. Hierfür gibt es geeignetere Mittel, etwa die Steuerpolitik, also Einkommens-, Vermögenssteuern etc.
Das Grundeinkommen ist nur ein Teil (und nicht der wichtigste) der Sozialen Infrastruktur. Es dient dazu (im Kapitalismus) individuell verschiedene Grundbedürfnisse, wie Nahrung, Kleidung etc. zu bezahlen, für die eine zentrale Verteilung (Planung) zu aufwändig wäre.

Michael Thate

Zum Nachlesen seien hier die Beiträge der AG Links-Netz zum Thema empfohlen: www.links-netz.de, www.widersprueche-zeitschrift.de

Grundeinkommen: Sozialer Aufbruch oder freundliches Gesicht des Kapitalismus?

Vom Donbass nach Dresden

Für einen guten Neuanfang unserer ukrainischen Familie

Was vom früheren Leben bleibt. Flüchtlinge aus der Ukraine an der Grenze zur EU

Die Bombenangriffe und der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine sind eine neue Stufe der Aggression durch Putin, die DIE LINKE auf das Schärfste verurteilt. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Als ich am 6. März Mama Oksana, Großmutti Taitjana und die Kinder Egor und Vlada in meinem Abgeordnetenbüro im Haus der Begegnung aufsuchte, konnte ich ihre Anstrengung sehen, aber auch Erleichterung. Anja Eichhorn und Florian Berndt hatten, zusammen mit der Unterstützung des Roten Baums und Jaqueline Muth das Büro umgeräumt. Anja hatte den Kühlschrank vollgekauft. Mit Hilfe des Stadtvorstandes und des Jungendhauses wurden Betten aufgestellt und die ersten Schritte unternommen. Das war der Anfang. Vor uns stand eine Familie aus dem Umkreis von Kramatorsk, einer Großstadt mit 160.000 Einwohnern im Oblast Donezk. Oksana hatte bei einer amerikanisch-britischen NGO an der Beseitigung von Minen mitgewirkt. Fotos zeigen sie im Schutzanzug und machen deutlich, dass das Wort Krieg nicht erst seit dem 24. Februar zu ihrem Alltag gehörte. Egor hat Kampfsport gemacht. Keine:r von ihnen spricht Englisch und so wurstele ich mich mit meinem gebrochenen Russisch durch. Bis irgendwer eine Sprach-App findet, die Ukrainisch und Deutsch schnell übersetzt. Die kleine Familie ist sich einig, ein Zurück in das seit Jahren zerstörte Land am Donbass gibt es nicht. Das macht es für uns leichter, weil wir nun alles daran setzen, die Integration der Vier so schnell wie möglich voranzutreiben, eine Chance, die jetzt da ist. Registrieren lassen, Testen und Impfen, Sozialamt, Ausländerbehörde, wo uns Björn Reichel unterstützte. Anja und Florian sind seitdem faktisch im Dauereinsatz. Allein die Registrierung war ein Riesenproblem. Trotz zügiger Einreichung aller Dokumente bei der Ausländerbehörde, ließ diese uns drei Wochen warten, trotz mehrfacher Anrufe, zweimal wurde die Familie in der Messehalle weggeschickt.

Für uns gibt es keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse

Wege ins neue Leben

Dass am 1. April dann eine bescheinigte Erlaubnisfiktion von der Ausländerbehörde für die Vier im HdB ankam, war kein Aprilscherz. Mit dieser Bescheinigung können wir nun alle Dinge schneller angehen, wie die Anträge auf dem Sozialamt, aber auch Sprachkurse, Schule, Wohnungs- und Arbeitssuche. Vermutlich wären wir nicht halb so weit gekommen, hätten wir nicht freiwillige Sprachmittler:innen an unserer Seite gehabt. Zuerst Artyom und jetzt Nelli – ohne diese beiden wären die Ämtergänge richtig schwierig geworden. Jeder einzelne Schritt, den wir gemeinsam mit der Familie tun, verlangt Zeit und Geduld, auf beiden Seiten. Es war schön zu sehen, mit welcher Freude die Familie den Zoobesuch aufnahm, den Anja und Florian organisierten. Dass dieser kostenlos war, wie auch Bus und Bahnen, ist eine große Erleichterung. Jeden Tag sehen wir, dass es vorwärts geht und das ist ein wirklich gutes Gefühl. Bereits nächste Woche gehen wir auf Wohnungssuche, erste Angebote gibt es.

Dass es solche Integrationsmöglichkeiten für Oksanas Familie gibt, dass zahlreiche Mitgliedstaaten unbürokratische Aufnahme und Unterstützung von Menschen gewähren, die aus einem Krieg fliehen, gibt es zum ersten Mal in der Europäischen Union. Grundlage dafür ist die Temporary Protection Directive aus 2001, die nach dem Jugoslawienkrieg beschlossen wurde. Es gab bisher keine einzige Flüchtlingsgruppe, auf die diese Richtlinie jemals angewandt wurde. Und das soll nach dem Willen der Mitgliedstaaten auch so bleiben.

Gleiche Rechte für alle Flüchtlinge

Erst am 3. März war ich von einer Ausschussreise aus Lettland und Litauen zurückgekommen, wo wir uns um das Schicksal der an der Grenze zu Belarus gestrandeten Asylsuchenden kümmerten. An dieser Grenze werden wie in Polen Hunderte Kilometer Stacheldrahtzaun gebaut, um eine Handvoll Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan und Syrien »abzuwehren«. Wer nicht durch illegale Pushbacks in die Wälder zurückgestoßen wird, landet in geschlossenen Einrichtungen, militärisch bewacht. Wir trafen Kinder, die mehr als acht Monate eingesperrt waren, Jugendliche, die in Gefängnisse geworfen wurden und eine kleine Gruppe Frauen war mit Schlagstöcken malträtiert worden, weil sie, da ihnen das Nötigste verwehrt wurde, gestreikt hatten. An genau diesem Tag erfuhren wir auch, dass Litauen 40.000 und Lettland 10.000 Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen werden.

Wir als Linke verlangen Gerechtigkeit im Umgang mit Flucht. Für uns gibt es keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse. Deshalb kämpfen wir dafür, dass auch anderen Flüchtlingen der Zutritt in die EU gewährt wird. Der Umgang mit Menschen aus der Ukraine zeigt, dass es geht, wenn Mitgliedstaaten und Regionen es wollen.

Dr. Cornelia Ernst
Mitglied des Europaparlaments

Aufruf zur Hilfe

Wir bitten die Genoss:innen des Dresdner Stadtverbandes, Oksanas Familie zu unterstützen! Was wir brauchen sind Wohnungsgegenstände und Geldspenden, damit die vierköpfige Familie eine Wohnung beziehen kann. Wir bitten euch um eure Unterstützung! Mit euren Spenden könnt ihr die Geschäftsstelle im HdB direkt kontaktieren! Alles hilft!

#Oksana

Geld in die Pflege, statt in die Aufrüstung!

TAG DER PFLEGE: WALK OF CARE

Kapitalismus schadet Gesundheit

Was hat man nicht alles versprochen, zu Beginn der Coronapandemie? Pflegekräfte seien »systemrelevant«, es müsse sich etwas ändern in Pflege und Gesundheitswesen. Zieht man jetzt, zwei Jahre später Bilanz, ist der Blick auf die Realität ernüchternd:

Pflegekräfte sind weiterhin unterbezahlt, allein im Coronajahr 2020 wurden bundesweit 20 Kliniken dicht gemacht, im Jahr darauf weitere neun. Statt einer groß angelegten Aufklärungskampagne über das Impfen, mit dem Ziel möglichst viele Menschen zu immunisieren, erlegte man den Pflegekräften die Impfpflicht auf. Den Nutzen aus all dem zogen nicht selten rechte Verschwörungstheoretiker:innen. Derweil machen BioNTech und andere Pharmariesen Milliardengewinne. Zugleich arbeiten Pflegekräfte bis weit über die Belastungsgrenze. Und nachdem jahrelang angeblich kein Geld da war für mehr Personal in Kliniken und Pflegeeinrichtungen, werden jetzt schnell mal 100 Milliarden für die Bundeswehr locker gemacht. Kapitalismus bedeutet Krieg und schadet unser aller Gesundheit. Deshalb gehen wir auch dieses Jahr wieder auf die Straße: Für eine gesetzliche Personalbemessung nach realem Bedarf; gegen Schließung und Privatisierung von Kliniken und für ein öffentliches Gesundheitswesen unter demokratischer Kontrolle durch die Beschäftigten. *Steve Hollasky*

■ Auch in diesem Jahr ruft das Dresdner Bündnis für Pflege wieder zur Demonstration auf. Sei dabei: 12. Mai, ab 15.30 Uhr Treffen auf dem Trinitatisplatz (plaudern, essen, Schilder malen), um 16.30 Uhr startet die Demo

APRIL/MAI

Termine und Veranstaltungen

Sitzung des Stadtvorstandes
■ 28. April, 18 Uhr, »Haus der Begegnung« (Saal), Die Sitzung ist parteiöffentlich.

Heraus zum 1. Mai mit der LINKEN Dresden
■ 1. Mai, 11–16 Uhr Alaunplatz, Dresden-Neustadt

Sitzung des Ältestenrates
■ 2. Mai, 14 Uhr, Haus der Begegnung (Empore) Interessierte sind herzlich willkommen.

Sitzung des Stadtvorstandes
■ 5. Mai, 18 Uhr, »Haus der Begegnung« (Saal), Die Sitzung ist parteiöffentlich.

Infostand am Bahnhof Mitte
■ 7. Mai/20. Mai/7. Juni/10. Juni, 14–18 Uhr Bahnhof Mitte in Friedrichstadt

Stammtisch DIE LINKE Dresden-Prohlis
■ 9. Mai, 18 Uhr, Mitglieder werden angeschrieben

Sexarbeit – linke Positionen und Diskussionen
■ 11. Mai, 19 Uhr, »Wir AG«, Martin-Luther-Str. 2

Wahlforen mit OB-Kandidat André Schollbach

Bitte informiert Euch auf unserer Website und in der Mitglieder-Info über die konkreten Veranstaltungsorte

Wahlforum des Stadtsportbundes
■ 4. Mai, 19 Uhr

Wählerforum DJV
■ 9. Mai, 19 Uhr

Kandidatenrunde vom Tourismusverband
■ 13. Mai, ab 18 Uhr

OB-Casting – das Wahlforum der Kultur- und Kreativwirtschaft
■ 17. Mai, 17 Uhr, Boulevardtheater Dresden

Wahlforum OB-Wahl des ADFC Dresden
■ 18. Mai, 19 Uhr

Wahlforum der Handwerkskammer
■ 19. Mai, 17.30 Uhr

Wahlforum des Politischen Jugendrings
■ 30. Mai, 16 Uhr

Wahlforum BUND
■ 3. Juni, 19.30 Uhr, Motorenhalle des Riesa Efau, Wachsbleichstraße 4a

Eintauchen in die Kinderwelt – aus der Erwachsenenperspektive

ROTER BAUM SUCHT BETREUER

Vorbild sein

Jeden Tag erleben wir Menschen, an denen wir uns ein Beispiel nehmen wollen. Zugleich tun wir selber Dinge, die anderen als Beispiel dienen. Manchmal ist uns das gar nicht so bewusst oder wir werden später erst darauf aufmerksam gemacht. Was bedeutet es eigentlich, ein gutes Beispiel zu sein – ein Vorbild zu sein?

Du machst für eine Zeit die Welt wahr, die alle Linken sich wünschen und kannst diese im Team von Mit-Betreuer:innen und mit jüngeren Teilnehmenden einmal ausprobieren. Vieles bewegt Kinder genauso wie uns Erwachsene: Umwelt, Gesellschaft, Zukunftsangst oder auch die Frage, wer man selber ist. Und es bedeutet vor allem, sich gemeinsam eine schöne Ferienzeit zu gestalten. In einer Gemeinschaft zu leben, jeden Tag zu einem Abenteuer zu machen. Sich gegenseitig zuzuhören, fröhlich und mitfühlend zu sein. Probleme ernst zu nehmen und denen Gehör zu schenken, denen vielleicht sonst niemand zuhört. Für die Sommerferien 2022 suchen wir vom Roten Baum noch Betreuer:innen. Wenn du dich bewirbst, dann kannst du gern auch einen Freund oder jemand anderen mitbringen, mit der oder mit dem du eine bereichernde Erfahrung in den Sommerferien teilen möchtest.

Viele grundsätzliche Fragen zum Betreuer-Sein werden auf unserer Internet-Seite beantwortet. Du kannst mir aber auch eine E-Mail schreiben oder anrufen. *Jacqueline Muth*

■ Mehr Informationen: www.roter-baum.de

Keine Extremisten im Richteramt!

Die Demokratie muss zeigen, dass ihre Wehrhaftigkeit kein Gerede ist

Es hätte alles so schön sein können: Bei der Bundestagswahl 2021 verfehlte Jens Maier ein Direktmandat und flog aus dem Bundestag. Eigentlich wäre das der Moment, in dem man sich hätte freuen können, dass wenigstens dieser AfDler nicht länger rechte Hetze im Bundestag vortragen kann. Doch Maier möchte zurück ins Richteramt, in welchem er bis zu seinem Bundestagseinzug 2017 wirkte. Das hat für die Verantwortlichen Fragen aufgeworfen, die bislang noch nicht abschließend geklärt sind. Der Name Jens Maier ist in Dresden bekannt. Zweimal hat der Bremer hier für den Deutschen Bundestag kandidiert, beim zweiten Mal glücklicherweise erfolglos. Maier ist nicht einfach nur ein unbedeutendes AfD Parteimitglied.

Bereits vor seinen öffentlichen Auftritten fiel er unter anderem damit auf, einem Extremismusforscher verbieten zu wollen, kritisch über die NPD zu berichten – eine Entscheidung, die das Landgericht Dresden später wieder kassierte. Zudem wurde er wegen rassistischen Äußerungen verurteilt und wird in mehreren Verfassungsschutzberichten eindeutig als Rechtsextremist identifiziert. Bis zur Auflösung des rechtsextremen »Flügels« der AfD war Maier auch Obmann der Höcke-Organisation in Sachsen. Die Liste könnte man beliebig weiterführen.

Momentan ist Maier zurück im Richterdienst. Aber seinen Beruf ausüben darf er nicht. Dies hat das Dienstgericht Leipzig bereits im März beschlossen. Derzeit wird über die Erhebung einer Richtertanklage debattiert. Diese hätte zwar hohe Hürden (Zweidrittelmehrheit im Landtag und beim Bundesverfassungsgericht), wäre aber dringend nötig. Denn aktuell ist Maier in den Ruhestand versetzt und erhält weiterhin seine Bezüge.

Verbal drastisch und dringend notwendig: Absage an Verfassungsfeinde

Das Verfahren ist sicherlich ein schweres Mittel. Jedoch sollte man sich fragen: Bei wem, wenn nicht bei Jens Meier, wäre ein solches denn angebracht? Maier ist eindeutig kein Demokrat und steht dem NPD-Parteipogramm deutlich näher als dem Grundgesetz. Für genau solche Menschen existiert die Gesetzesgrundlage doch!

Bedrohungen endlich ernst nehmen!

Soweit sind sich die demokratischen Fraktionen im Landtag einig. Nur die CDU kann sich (mal wieder) nicht entscheiden, ob man den Rechtsextremismus bekämpfen oder auf diesem Auge lieber blind bleiben möchte. »Es müsste im Einzelnen dargelegt werden, dass sich Herr Maier massiv und aggressiv-kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung gewendet hat«, erklärte Martin Modschiedler, rechtspolitische Sprecher der CDU im sächsischen Landtag. Für die LINKE stellte Rico Gebhardt klar

In der Weimarer Republik konnte man sehen, was passiert, wenn man Nazis freie Hand lässt

fest: »Wenn es der CDU-Fraktion ernst ist mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sollte sie gemeinsam mit SPD und Grünen einen Antrag nach Paragraf 80 der Landesverfassung stellen«. Die Zweidrittelmehrheit im Plenum scheitert nicht an der Linksfraktion. Schon in der Weimarer Republik konnte man sehen, was passiert, wenn man Nazis freie Hand lässt. In öffentlichen Dienststellen muss es daher eine Nulltoleranz-Politik für solche Extremisten geben.

Ein Zitat von Joseph Goebbels sollte zu denken geben: »Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selber stellte, durch die sie vernichtet wurde.« *Richard Adam*

Explodierende Baukosten nicht auf Studierende abwälzen!

500 EURO FÜR 25 QUADRATMETER

Kostenfalle Wohnheim

In der Nacht zum 17. März wurde ein 60 Quadratmeter Banner mit dieser Aufschrift an der zurzeit in Sanierung befindlichen Gerokstraße 38 angebracht. Wir als linksjugend haben damit gemeinsam mit den Jusos gegen zu hohe Mietpreise in einem Studierendenwohnheim protestiert. Das Banner weist auch auf die Website der Aktion studentisch-wohnen.de hin, auf der es alle weiteren Hintergründe und Information gibt.

Nötig wurde die Aktion, weil für das dringend sanierungsbedürftige Wohnheim die Finanzierungszusage seitens des Landes ausblieb. Da die Baupreise gerade durch die Decke schießen, steigen die Sanierungskosten für das Objekt um knapp 50 Prozent. Ohne die entsprechenden Landesmittel ging das Studentenwerk davon aus knapp 500 Euro Miete für ein Einzelappartment aufrufen zu müssen, um die Sanierungskosten auszugleichen. Diese Miete ist sowohl 50 Prozent höher als die Mietkostenpauschale des BAföGs als auch knapp 150 Euro mehr als der bisher teuerste Wohnpreis für Studierendenwohnheime in Dresden.

Deswegen fordern wir mit der Aktion allen voran sechs Millionen Euro Fördermittel für die Gerokstraße vom Land. Außerdem muss der Bund die BAföG Wohnkostenpauschale auf mehr als die vorgesehenen 360 Euro erhöhen. Es braucht langfristig gemeinsame Förderprogramme von Bund und Land für studentisches Wohnen. Auch die Stadt Dresden sollte sich überlegen, ob sie trotz der Zuständigkeit des Landes den studentischen Wohnheimbau finanziell unterstützt, um Studierenden günstige Mieten zu sichern und den Studienstandort Dresden weiterhin attraktiv zu gestalten. *Paul Senf*

Atemberaubend: Zwanzig Millionen Einwohner hat die Stadt Chongqing in Zentralchina im Ballungsraum. Das gesamte Stadtgebiet ist so groß wie Österreich

Ein neues Format

Erstmaliger EU-China-Gipfel markiert eine neue geopolitische Ära

Ob es eine weise Entscheidung war, ein solch wichtiges, erstmaliges Treffen als Videokonferenz durchzuführen, sei dahingestellt. Dass es höchste Zeit dafür war, scheint jedoch unbestritten – auch wenn man sich von der Substanz mehr erhofft hätte. Auch hier lag der Krieg in der Ukraine als Schatten über der Veranstaltung. Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher der LINKEN im Europäischen Parlament und Mitglied der EP-Delegation für die Beziehungen zu China mit einem Resümee:

Wir brauchen einen kühlen Kopf und Entspannung im Verhältnis der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Volksrepublik China. Das ist notwendig, um die wirtschaftlichen Konsequenzen aus unseren absolut notwendigen Reaktionen auf die Aggression der Regierung Putin gegenüber der Ukraine zu meistern. Der Gipfel bot die Chance, aus der wechselseitigen Sanktionsspirale herauszukommen. Ich begrüße die Einigung auf die Wiederaufnahme des formellen Menschenrechtsdialogs zwischen der EU und China. Kurz vor der für Mai geplanten Reise der UNO Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet nach China und auch nach Xinjiang ist es wichtig, die Dialogbereitschaft wiederherzustellen.

Hongkong, Tibet, Xinjiang und nicht zuletzt Taiwan sind quasi symbolisch zu Catch-Worten geworden, die die jeweilige sehr unterschiedliche Einordnung gesellschaftlicher Werte, der politischen und sozialen Menschenrechte und Kenntnisnahme historischer Entwicklungen in den aktuellen politischen Beziehungen widerspiegelten. Gerade dies erfordert jedoch Beratung und ehrliche Aussprache in Bezug auf die perspektivische Ausgestaltung des Europäisch-chinesischen Verhältnisses.

Möge China sein neues Gewicht aktiv wahrnehmen für Frieden und ein sofortiges Ende des Krieges einzusetzen

Der Gipfel bot auch die Chance, Politik und Medien in China die mit dem Begriff der Offenen Strategischen Autonomie umrissene Eigenständigkeit der Europäischen Außenpolitik darzustellen. Zu dieser gehört als gemeinsamer Standpunkt des Rates seit Jahrzehnten auch die Ein-China-Politik. Es ist zu würdigen, dass wir China als EU in seiner aktuellen Pandemie-Situation mit mRNA-Impfstoff helfen. Auch die Hilfsgüter, die China an die Ukraine und an EU-Mitgliedstaaten mit hohem Aufkommen an Geflüchteten geschickt hat und schickt, sind ein wichtiges Zeichen.

Wir brauchen einander, auch im Kampf gegen den Klimawandel und für Artenvielfalt. Möge China sein neues Gewicht aktiv wahrnehmen, um sich international – und aktuell insbesondere in Moskau – für Frieden und ein sofortiges Ende des Krieges einzusetzen.

Helmut Scholz

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

Kontakt
Telefon: 0351/8583801
Fax: 0351/8583802
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

V.i.S.d.P.
Uwe Schaarschmidt

Autor:innen dieser Ausgabe
Richard Adam, Sarah Buddeberg, Clara Bünger, Conny Ernst, Kristin Hofmann, Steve Hollasky, Kris Kaufmann, Ingrid Körner, Jens Matthis, Jacqueleine Muth, Uwe Schaarschmidt, Paul Senf, Helmut Scholz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise
@gett_urban/unsplash (1), SeventyFour/istockphoto.com (2), TMagen/wikimedia commons (2), Picasa/wikimedia commons (3), Phil Hearing/unsplash (3), Max Bohme/unsplash (4), Carl Jorgensen/unsplash (4) Kevin Buckert/unsplash (5), Uwe Schaarschmidt (6), S. Hofschlaeger/pixelio (6), Markus Spisske/unsplash (7), Paul Senf (7), Jerry Wang/unsplash (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.
Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss
12. April 2022

Unterstützung
Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen.
Spendenkonto:
DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120 1714 16
Ostsächsische Sparkasse Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

AfD – antisemitisch, frauenfeindlich, dumm

Im Stadtrat versuchte die AfD die Benennung einer Straße nach einer kommunistischen Jüdin zu verhindern

In der Sitzung Ende März sollte der Stadtrat auf Vorschlag des Stadtbezirksbeirates Neustadt die Benennungen mehrerer Straßen im neuen Wohngebiet an der Marienallee beschließen. Unter anderem nach der Dresdner Musiktheorie- und Klavierlehrerin Eva Büttner, geborene Malzmann (1886–1969). Neben ihrer beruflichen Tätigkeit am Musikkonservatorium engagierte sie sich im Deutschen Arbeiter-Sängerbund. Als SPD- und ASPD-Genossin war sie mit reger Vortragstätigkeit in Frauengruppen tätig. Ihr umfangreiches Wissen, insbesondere in Fragen des kulturellen Lebens, ermöglichte ihr die journalistische Tätigkeit bei der Dresdner Volkszeitung und bei der Zeitung Volksstaat. Von 1922 bis 1926 gehörte sie als Abgeordnete dem Landtag an.

Als »Volljüdin« im Sinne der NS-Rassenideologie und »geschützt« in einer »arischen« Ehe konnte sie nach 1933 nur noch sehr eingeschränkt wirken. Dazu nutzte sie die Möglichkeiten in der »Israelitischen Gemeinde«. Ihre publizierten Beiträge dokumentieren noch heute das kulturelle jüdische Leben unter den Bedingungen des deutschen Faschismus.

Nach dem Tode ihres Mannes 1943 war Eva Büttner von der Ermordung bedroht. Sie überlebte versteckt im Dach eines Stalles das Kriegsende bei Pulsnitz. Nach 1945 trat sie der KPD bei und übernahm Funktionen beim Rat des Kreises Kamenz, unter anderem die Leitung des Kulturamtes.

Die junge Eva Büttner in Dresden

Ausgerechnet zu dieser Persönlichkeit machte die AfD im Stadtrat einen Gegenvorschlag mit Dr. Doerr, der durch die Erfindung der Russisch-Brot-Maschine und die Geschäftsführung einer Süßwarenfabrik bekannt ist. Begründet wurde das mit den Enteignungen der Großgrundbesitzer nach 1945.

Antisemitismus

Wenn die AfD ausgerechnet hier ihre Zustimmung verweigert, setzt sie sich unweigerlich dem Ruch des Antisemitismus aus. Schon das, was die Frau zwischen 1933 und 1945 erleiden musste, und ihre Rolle als Zeugin für jüdisches Leben in der Verfolgung, macht sie würdig, auf einem Straßenschild verewigt zu werden. Wer dies mit dem Verweis auf Enteignungen von Schlössern nach 1945 madig macht, überschätzt die Wirkmächtigkeit von Kulturamtsleiterinnen auf Kreisebene in diesen zentral von Berlin und mit Rückendeckung der SMAD durchgeführten Enteignungen bei weitem.

Frauenfeindlichkeit

Die Straßennamen in Dresden werden weit überwiegend von männlichen Personen dominiert. Deshalb hat sich die Stadt das Ziel gesetzt, Frauen bei der Benennung von Straßen zu bevorzugen. Selbst bei einer nachvollziehbaren Begründung wäre also Dr. Doerr nicht unbedingt erste Wahl gewesen, so lange mindestens gleich würdige Frauen bekannt sind. Da für Straßenbenennungen nur Verstorbene in Betracht kommen, konnte sich der arme Dr. Doerr gegen seine Instrumentalisierung auch nicht mehr wehren. Zumal die AfD es in ihrem Änderungsantrag nicht mal fertiggebracht hatte, eine Biografie und Begründung für die Ehrung zu Papier zu bringen.

Dummheit

Nicht zuletzt führte die AfD hier ihre Unkenntnis oder Ignoranz von Verfahren spazieren. Zwar beschließt der Stadtrat Straßenbenennungen, das Vorschlagsrecht obliegt aber den Stadtbezirksbeiräten. Wäre also eine Benennung zweifelhaft, was sie vorliegend keinesfalls war, wäre der Vorgang in den zuständigen Stadtbezirksbeirat zurückzuverweisen.

Die Änderung fand keine Mehrheit. Jedoch nur DIE LINKE hat in der Debatte widersprochen. Die anderen Fraktionen schwiegen. *Tilo Wirtz*

Nicht zuletzt führte die AfD hier ihre Unkenntnis oder Ignoranz von Verfahren spazieren

SOWJETISCHES EHRENMAL GESCHÄNDET

Gegen Instrumentalisierung

In der Nacht vom 6. zum 7. April 2022 ist das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin geschändet worden. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Carsten Schatz, die Wahlkreisabgeordnete Katalin Gennburg und der Bund der Antifaschisten Treptow finden dafür klare Worte:

»Das Sowjetische Ehrenmal ist ein Friedhof. Auf ihm liegen mehr als 7000 Rotarmisten aller sowjetischen Völker, auch Ukrainer und Belarussen, die bei der Befreiung Berlins im Mai 1945 gestorben sind. Sie waren es, die das Ende des fürchterlichen Zweiten Weltkrieges mit ihrem Leben erkämpften. Und mit diesem Ehrenmal ehren wir die Kämpfer, die uns befreiten. In der vergangenen Nacht ist das Ehrenmal geschändet worden mit Schmierereien, mit Hakenkreuzen, mit unsäglichen Sprüchen. Ein Friedhof darf niemals zum Schauplatz von Verunglimpfungen werden.

Bereits am letzten Sonntag wurde dieser Ort der Erinnerung und Mahnung missbraucht. Mit ihrem Autokorso demonstrierten mehrere hundert Menschen bei ihrer Fahrt durch Berlin auch im Treptower Ehrenmal für Putins Krieg und nutzten so diesen Friedhof für ihre Propaganda. Der Angriffskrieg der russischen Regierung auf die Ukraine ist aufs Schärfste zu verurteilen und jegliche diesbezügliche Propaganda verhöhnt die Opfer und Geflüchteten aus der Ukraine.

Ein Ort nicht nur der Erinnerung, sondern auch der Mahnung

Besserer Schutz nötig

Wieso die Polizei das Ehrenmal nicht besser geschützt hat, ist zu klären. Weitere Instrumentalisierungen und Schändungen des Ehrenmals sind zu unterbinden und der Gedenkort besser zu schützen. Als Antifaschist:innen verurteilen wir aufs Schärfste jegliche Geschichtsfälschung und insbesondere die Instrumentalisierung des antifaschistischen Erbes der Sowjetunion durch Putin und die russische Führung für ihre heutige Kriegspropaganda.

Für uns gilt heute wie vor 77 Jahren: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Sofortiges Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine! Frieden für die Ukraine! Frieden für Europa! Frieden weltweit!« *Die Redaktion*

Mehr Verbindendes als Trennendes

»Gesprächsprojekt in Dresden, das dort stattfindet, wo Menschen jeden Tag versammelt sind: in den Straßenbahnen unserer Stadt«, so beschreiben die Macher ihr Projekt »metro_polis«. LINKEN-Stadträtin Pia Barkow hat mit ihnen gesprochen.

Liebe Kristina, du hast den Verein »metro_polis« gegründet. Mit welchem Ziel?

Wir wollen unterschiedliche Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Es herrscht zunehmend eine Abwertung, teilweise gar Angst vor anderen Meinungen. Um diese zu überwinden, ist es wichtig, positive Erfahrungen zu machen, im Austausch mit Anderen, mit anderen Meinungen. Dafür wollen wir eine Atmosphäre schaffen und zu Gesprächen miteinander anregen.

Wie entstand diese Idee?

Die Idee kam auf in einer Situation, in der eine Anspannung zu spüren war, die Stadtgesellschaft gespalten schien. Die jeweiligen Gruppen haben häufig nur noch mit Menschen gesprochen, die ihre Meinung teilen. Wir haben Wege gesucht, Brücken zu schaffen, dass eben Menschen außerhalb ihrer *eigenen Blase* mit anderen reden.

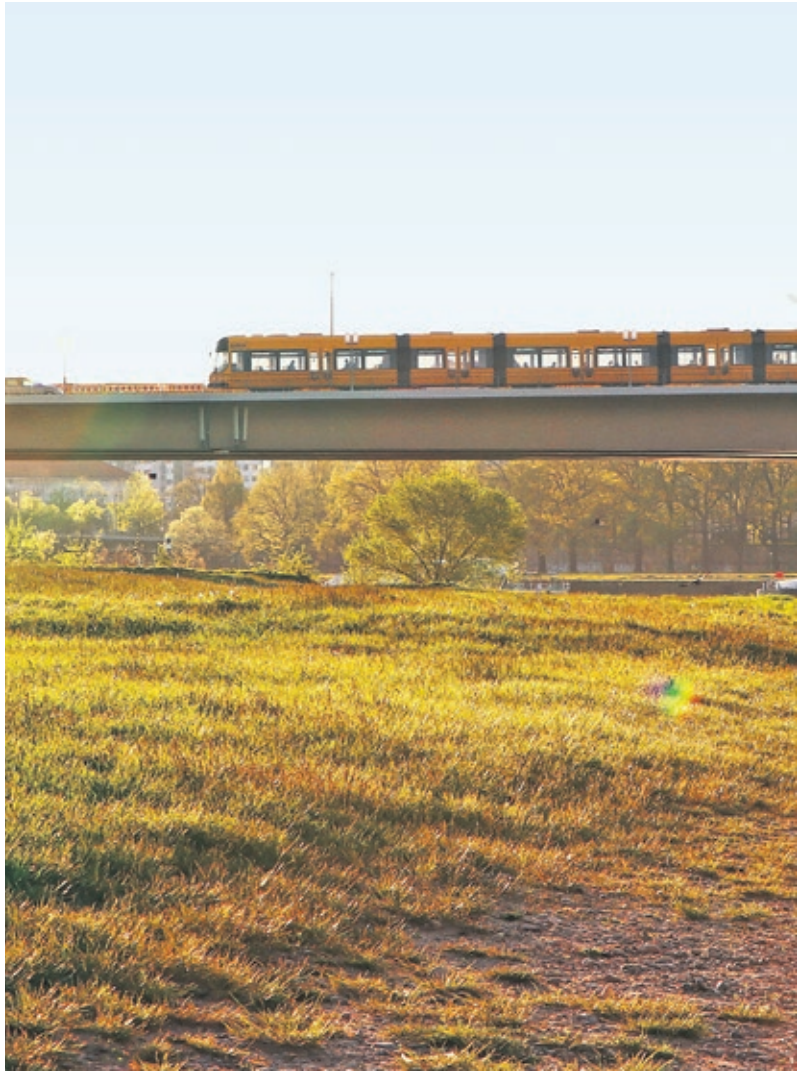
Wo und wie finden diese Gespräche statt?

In der Straßenbahn. Die Straßenbahn bietet sich als Ort an, hier kann man einerseits nicht weg, meist gibt es keine wichtige Beschäftigung, die während der Fahrtzeit erledigt werden könnte. Und es sind ganz unterschiedliche Menschen, die zufällig die gleiche Bahn nutzen. Daher ist die Straßenbahn ein besonderer Ort und es ist sinnvoll, ihn zu nutzen, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, mit denen man sonst nie ins Gespräch kommen würde.

Bereits im Jahr 2019 haben wir solche Straßenbahnfahrten durchgeführt und sehr positive Erfahrungen gemacht. Auch die DVB hat sehr viele positive Rückmeldungen von Fahrgästen erhalten.

Wie läuft so eine Straßenbahnfahrt ab?

Ein Moderationsteam befindet sich im hinteren Bereich der Bahn. Dort gibt es gut sichtbar den Hinweis auf unser Projekt. Die Moderator:innen sprechen Fahrgäste beim Einsteigen an und laden sie ein, sich zu uns zu setzen. Alles freiwillig. Die Leute bleiben so lange, wie sie wollen. Entweder bis zu ihrer Station oder sie beenden das Gespräch und begeben sich in einen anderen Bereich der Bahn. Es ist auch schon vorgekommen, dass Teilnehmer:innen so vertieft in eines der Gespräche waren, dass sie ihre Haltestelle verpasst haben. Andere waren so angeregt im Gespräch, dass sie einfach bis zur Endhaltestelle und wieder zurück mitgefahren sind.



Ein guter Ort für Gespräche: die Straßenbahn

Wer sind die Moderator:innen?

Alle Moderator:innen durchlaufen eine Wochenendschulung, um einige Tricks und Hinweise zu erfahren und die Situation zu üben. Geeignet sind alle, die Interesse an Menschen und ihren Lebensgeschichten haben. Und die zudem ihre eigene Meinung zurückzustellen können.

Gibt es Themen, die häufig angesprochen werden?

Nicht direkt. Es geht um alles Mögliche. Von der Meerschweinchenpflege über Berufswünsche, vom bevorstehenden Arztbesuch über die Situation Geflüchteter in der Stadt. Es sind häufig ganz alltägliche Themen, gar nicht unbedingt konfliktbehaftete. Es stellt sich immer wieder heraus, dass ganz unterschiedliche Menschen, Interessen teilen und es schnell gelingt, ein Thema zu finden, mit dem beide bereits Erfahrungen gemacht haben. Das Leben enthält viel mehr verbindende Themen als trennende Themen.

»Es ist schon vorgekommen, dass Leute so vertieft ins Gespräche waren, dass sie ihre Haltestelle verpasst haben«

Kristina, »metro_polis«

Gibt es Gespräche, die du besonders eindrucksvoll fandest?

Einmal stieg ein Mann ein, der ganz frisch aus dem Gefängnis entlassen wurde. Sechs Jahre war er in Haft und befand sich in einer ganz schwierigen Lebensphase. Er hatte unheimliche Angst, keine Wohnung zu finden.

Neben ihm saß eine junge Frau, die auf diese Erzählung hin berichtete, dass sie selbst gerade eine Privatinsolvenz hinter sich hatte, selber kurz vor der Wohnungslosigkeit stand. Sie konnte dem Mann Angst nehmen und sagte, es sei in seiner Situation wirklich sehr unwahrscheinlich, dass er in die Wohnungslosigkeit rutsche. Sie konnte ihm große Hoffnung geben.

Für den Mann war es eine ganz besondere Erfahrung, nicht gleich abgewertet zu werden, sondern dass eine Fremde seine Geschichte anhört und dann auch noch gleich selbst von einer eigenen dramatischen Lebenserfahrung berichtet.

Das war wirklich ein bewegendes Gespräch. Es war auch für uns als Moderationsteam eine besondere Erfahrung, dass Menschen so offen sind und sich gegenseitig Mut machen können.

Welche Rolle haben die Moderator:innen?

Die Moderator:innen sollen die Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Oft sprechen die Menschen unterschiedlich, laut oder leise, mit großem oder kleinem Wortschatz. Die Moderator:innen sollen das etwas ausgleichen, und den Gesprächspartner:innen helfen, solche Hürden zu überwinden und auf einer Ebene miteinander reden können.

Häufig läuft es sehr gut mit den Gesprächen, manchmal kommen aber auch Parolen, darauf gilt es dann gut zu reagieren. Das ist nicht immer einfach.

Die Fragen stellte Pia Barkow

■ DIE LINKE hat einen Antrag in den Stadtrat eingebracht, um die Durchführung dieses Projekts durch eine finanzielle Förderung zu ermöglichen.

Ort der Begegnung: Bibliotheken

Drohende Schließung

Ende März brachten LINKE, SPD und Grüne einen Eilantrag ein, mit dem die Offenhaltung der Stadtteilbibliotheken gesichert werden sollte. Der Oberbürgermeister lehnte die Behandlung jedoch ab

Etwa hundert Beschäftigte der städtischen Bibliotheken sollen – beginnend sofort – ins Gesundheitsamt abgeordnet werden. Sie sollen dort verwaltungsseitig die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie die Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht unterstützen. Damit droht Dresdens Stadtteilbibliotheken die Schließungen auf unbestimmte Zeit.

Meinung

»Bibliotheken sind notwendig, weil sie jedem Kind und Jugendlichen kostenlos den Zugang zu literarischen und Sachbüchern aller Art ermöglichen und durch die zielgerichteten Angebote an Kitas, Schulen und Familien Zugänge zu Literatur vermitteln, die in dieser großen Vielfalt nirgendwo anders möglich sind. Sie sind Orte, an denen Literatur lebt, an denen man miteinander ins Gespräch kommt und Neues kennenlernt. Anders als beim Lesen im Internet werden alle Sinne angeregt, ob man zielgerichtet sucht oder zufällig Spannendes entdeckt.«

Anna Schwan
Deutschlehrerin an der Freien Alternativschule Dresden

Wir halten die Schließung von Stadtteilbibliotheken für eine Fehlentscheidung. Bibliotheken sind Orte der Bildung im umfassenden Sinne. Neben den ganzen Lasten, welche gerade Familien und Schüler:innen in den letzten beiden Jahren mittragen mussten – Testen, Testen und nochmals Testen, Schulschließungen; Digitalunterricht, ständige Quarantäne und mehr – hat auch vor allem die Bildung gelitten.

Im Bereich des Schreibens und Lesens sind nachweislich in dieser Zeit große Defizite entstanden. Die mehrfach ausgezeichneten Bibliotheken der Stadt Dresden sind eine fundamentale Säule, um diese Defizite auszugleichen. Die hohen Nutzer:innenzahlen zeigen, dass die vielfältigen Bildungsangebote auch rege genutzt werden. Hinzu kommt jetzt nun noch das Angebot, die digitale Anbindung der Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen, zu beraten und zu begleiten.

Der Kulturbereich hat etwa tausend Beschäftigte, davon gehören 700 zu selbstständigen Kultureinrichtungen, welche nicht abgeordnet werden können. Bleiben also noch 300 städtische Angestellte, davon 144 Beschäftigte der Bibliotheken. Dabei gibt es bereits viele Abordnungen aus dem Kulturbereich – das Archiv arbeitet zum Beispiel nur noch im Notbetrieb. Jetzt weitere Mitarbeiter:innen abzuziehen, würde vor allem wieder zu Lasten der weniger privilegierten Menschen gehen.

So umstritten die neuen Coronaverordnungen, oder besser Nichtverordnungen, des Bundes auch sein mögen, so bleibt zu hoffen, dass dadurch ein Teil der Abordnungen an das Gesundheitsamt zurückgenommen werden. *Anja Apel*

BILDUNGSTICKET

Chancen schaffen

Seit 2015 gibt es die Straßenschule der Treberhilfe Dresden e.V. mit Sitz in der Königsbrücker Straße. Um dorthin zu gelangen, können die Schüler:innen jedoch nicht das Bildungsticket in Anspruch nehmen. Das soll sich nun ändern.

Die Straßenschule leistet einen wichtigen Beitrag innerhalb der Dresdner Bildungslandschaft, indem sie die soziale, schulische und berufliche Entwicklung junger Menschen in besonderen Lebenslagen fördert. In der Straßenschule bereiten sich bis zu 30 Teilnehmende pro Schuljahr auf die Schulfremdenprüfung vor. Die jungen Menschen sind in der Regel zwischen 18 bis 27 Jahre alt und ebnen sich durch den Besuch der Straßenschule den Weg in ein selbstbestimmtes Leben. Von 2014 bis heute wurden von der Straßenschule 428 junge Menschen aus allen Dresdner Stadtteilen über Lern- und Kompetenzwerkstätten sowie Schnupperkurse erreicht. Es konnten 60 Schulabschlüsse erreicht werden, davon 11 Hauptschulabschlüsse, 12 qualifizierende Hauptschulabschlüsse und 37 Realschulabschlüsse. Weiterführendes Ziel ist es, eine Ausbildung bzw. eine Arbeitsstelle für die Absolvent:innen zu finden. Die Straßenschule schafft damit Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Dresden.

Vom Bildungsticket ausgeschlossen

Dieses Projekt sucht bundesweit seinesgleichen – nur in Freiburg gibt es eine ähnliche Einrichtung. Da ist es schon fast zu verzeihen, dass die Teilnehmenden der Straßenschule bei der Einführung des Bildungstickets in Sachsen schlicht vergessen wurden. Da die Straßenschule keine allgemeinbildende Schule nach dem Sächsischen Schulgesetz ist, dürfen die Teilnehmenden der Lerngruppen nach derzeitiger Gesetzeslage das Bildungsticket des Freistaates Sachsen nicht nutzen. Damit ist die Schwelle für Teilnehmende, die aus allen Dresdner Stadtteilen kommen, unnötig erhöht.

Straßenschule: Hilfe bei der Suche nach Perspektiven

Diesen Umstand will die Linksfraktion im Dresdner Stadtrat nun ändern, indem sie in einem Antrag den Oberbürgermeister dazu auffordert, sich beim Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit dafür einzusetzen, dass auch die Teilnehmer:innen der Straßenschule das Bildungsticket nutzen können. Als Zwischenlösung soll den Teilnehmenden eine Abo-Fahrkarte zu den Konditionen des Bildungstickets von derzeit 15 Euro monatlich zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen den Teilnehmenden rückwirkend zum 1. August 2021 die glaubhaft gemachten Kosten erstattet werden, welche ihnen bei der Absolvierung ihres Schulweges entstanden sind. Damit leistet unsere Fraktion einen ganz praktischen Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit in Dresden. *Anne Holowenko*

GANZ HINTEN LINKS

Kein Auge zudrücken

Was passiert, wenn der amtierende Oberbürgermeister keine korrekten Wahlunterlagen einreicht? Diese Frage beschäftigt Dresden und auch die Rechtsaufsichtsbehörde. Noch ist nicht bekannt, wie die Landesdirektion entscheidet, aber das Dilemma ist kaum aufzulösen.

Natürlich ist es unter demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig, wenn CDU und FDP ohne Kandidaten dastehen und nicht gewählt werden können. Ist es noch eine faire Wahl, wenn man nur noch zwischen Rot, Rot und Grün und rechts außen entscheiden kann? Mancher plädiert deshalb dafür, es nicht so genau zu nehmen.

Das würde andere Fragen aufwerfen: Auch in der Vergangenheit sind schon Kandidaten an fehlerhaften Aufstellungsverfahren oder unrichtigen Unterlagen gescheitert, zuletzt ein Teil der AfD-Landesliste zur Landtagswahl. In früheren Jahren traf es auch die PDS bzw. DIE LINKE. Wie würde es wohl in der Öffentlichkeit ankommen, wenn die Landesdirektion bei einem FDP-Oberbürgermeister ein Auge zudrückt?

Wer zieht ins Rathaus ein?

Und was passiert eigentlich, wenn die Landesdirektion zwar gnädig ist, das zuständige Gericht das nach der Wahl aber ganz anders sieht? Dann fängt alles von vorn an: Aufstellung, Wahlkampf, erster Wahlgang, zweiter Wahlgang inklusive aller Kosten bei allen Beteiligten. Den Schaden hätten dann alle Parteien, die Stadt Dresden und natürlich die Dresdner Bevölkerung.

Und was heißt überhaupt »FDP-Oberbürgermeister«? Der FDP wären diese Fehler vermutlich nicht passiert. Aber Dirk Hilbert wollte sich ja unbedingt von einem Verein »Unabhängiger Bürger« aufstellen lassen. Dumm nur, wenn diese »Unabhängigen Bürger« nicht nur mit dem Aufstellungsverfahren überfordert, sondern gar keine Dresdner sind. Das heißt freilich nicht, dass sie nicht an Dresden interessiert wären. Einer davon – der, der fälschlicherweise unterschrieben hat – organisiert mit seiner Firma immerhin für einen fünfstelligen Betrag aus der Stadtkasse das Dresdner Stadtfest und er soll – welcher Zufall – auch die Hilbert-Wahlkampagne organisieren. *Jens Matthis*

Leichtathletik-Sportfest 1986 im Steyer-Stadion

Neues Steyer-Stadion

Ein Multifunktions-Sportkomplex mit Geschichte

Dresden verfügt mit seinem derzeitigen Grundstücksbestand nicht mehr über die notwendigen Flächen, um alle Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge sowie zur Erfüllung der Ziele, die in den einzelnen Fach- und Zielkonzepten verankert sind, erfüllen zu können.

Vor mehr als hundert Jahren begannen die ersten DSC-Mitglieder auf den Ostrawiesen mit sportlichen Übungen. Am 12. Oktober 1919 wurde mit dem Fußballspiel des DSC gegen den VfB Leipzig das Stadion im Ostragehege eröffnet. Seit 1949 trägt das Stadion den Namen des ehemaligen KPD-Mitgliedes und Arbeitersportlers Heinz Steyer. Bereits am 31. Dezember 1949 fand das erste Flutlichtspiel im Stadion statt. 1972 wurde das Stadion für Leichtathletik-Wettbewerbe modernisiert. Die Traversen wurden für eine moderne Laufbahn zurück gebaut, für Marathonläufe und Friedensfahrten entstand das Marathontor. Seitdem war das Stadion Veranstaltungsort vieler Sportevents und mit bis zu 40.000 Zuschauern immer gut besucht. Mittlerweile sind auch die Footballer der Dresden-Monarchs hier zuhause. Leider setzten mehrere Hochwasser dem Stadion mächtig zu. Die Holztribüne (Nordtribüne) wurde 2002 komplett gesperrt, wenig später abgerissen und von 2015 bis 2017 neu gebaut. Damit waren allerdings auch ein Wahrzeichen und eine bauliche Besonderheit des Stadions verschwunden.

Das neue Stadion könnte 2023 eröffnen

Millionen für die Sanierung

2018 beschloss der Stadtrat die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel in Höhe von 37,3 Millionen Euro für die vollständige Sanierung und den Umbau des Stadions. Der Freistaat Sachsen steuert etwa 4,8 Millionen Euro bei.

Doch es treten erste Probleme auf. Für eine Erweiterungsmöglichkeit der Zuschauerkapazität von 5000 auf bis zu 15.000 Sitzplätze in den Kurven bedarf es ungeplanter baulicher Veränderungen. Die Tragkraft des aufgeschütteten Walls reicht für die geplanten mobilen Zusatztribünen nicht aus. Die Stadt geht von etwa 1,8 Millionen Mehrkosten aus. Es bleibt die Hoffnung, dass nicht noch mehr Korrekturen an der Bauplanung nötig sein werden, die Kostensteigerungen und oder Bauzeitverlängerungen nach sich ziehen. Das neue, traditionsreiche Stadion mit der Multifunktionssportstätte in der Südtribüne könnte dann planmäßig 2023 eröffnet werden.

Margot Gaitzsch

■ **Infos unter: www.dresden.de/de/leben/sport-und-freizeit/sport/heinz-steyer-stadion.php**

VORNE LINKS
Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber
DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.
Thomas Feske

Kontakt
Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion
Thomas Feske, Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe
Anja Apel, Pia Barkow, Christopher Colditz, Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katalin Gennburg, Katharina Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Elke Kahr, Tilo Kießling, Jens Matthis, Carsten Schatz, André Schollbach, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss
7. April 2022

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise
Frank Grätz (1); Franziska Pilz (1); Christopher Colditz (2); Jenny Paul (2); Franziska Pilz (3); Georg Fuchs (3); Another_Simon/pixabay (3); Silvana Weidinger (3); blickpixel/pixabay (4); janmarcustrapp/pixabay (4); Agata Schindler/Archiv Paul Büttner (5); Nemascope (5); islandworks/pixabay (6); klimkin/pixabay (7); dassel/pixabay (7); dimitrisvetsikas1969/pixabay (7); Wolfgang Kluge/Bundesarchiv (8); Peter Kraayvanger/pixabay (8)

Gestaltung und Satz
Ostsüdost

Druck
LR Druckerei GmbH

Auflage
Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat